Sitzungsvorlage - öffentlich

Gemeinderat am 27.10.2021

Vorlagen-Nr. 054/2021

Aktenzeichen:

Sachbearbeiter: Herr Göbel

Neubesetzung der Stelle Jugendreferent/-in

externer Bericht: ☒ **nein** ☐ **ja**

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, die Stelle des/der Jugendreferent/Jugendreferentin in Kooperation mit der AWO zu verwirklichen und die Stelle neu zu besetzen.

Sachverhalt:

In der Gemeinderatsitzung am 28.07.2021 wurde das Thema Neubesetzung der Stelle des/der Jugendreferent/-in behandelt.
In der Diskussion um die Stellenausschreibung ging es unter anderem auch darum, wo die Stelle angesiedelt werden sollte. Die Verwaltung schlug vor, die Stelle direkt bei der Gemeinde anzusiedeln. Aus Reihen des Gemeinderats kam aber die Bitte auf, die Anstellung über einen freien Träger, wie zum Beispiel die AWO, nochmals zu prüfen und das Thema dann erneut in einer Gemeinderatsitzung zu beraten. Der Beschluss über die Ausschreibung wurde daraufhin zurückgestellt.

Die Verwaltung führte in den letzten Wochen Gespräche mit der AWO, um die Möglichkeiten auszuloten. Dabei konnten verschiedene Punkte geklärt und Bedenken ausgeräumt werden. Gemeinsam wurde erarbeitet, wie die Stelle des Jugendreferent/- in für die Gemeinde bei einer Zusammenarbeit mit der AWO aussehen würde.

Die AWO legte der Verwaltung diesbezüglich auch noch eine Kostenaufstellung vor, die der Vorlage angehängt ist.
Nach intensiver Überlegung und Abwägung der Vor- und Nachteile kam man zu dem Schluss, dass die Zusammenarbeit denkbar wäre. Seitens der Verwaltung wird daher inzwischen die Kooperation mit der AWO gegenüber einer Angliederung der Stelle bei der Gemeinde favorisiert.

Ausschlaggebend hierfür sind vor allem folgende Punkte:
- Kosten sowohl über die AWO, als über die Gemeinde fast gleich
- Organisationsstruktur der AWO
- Personalsuche über die AWO
- Flexibilität beim Personal (Krankheitsvertretung etc. übernimmt die AWO)
- Netzwerk und Expertise der AWO
- Synergieeffekte durch verschiedene Kooperationen (Offene Hilfe, Schulsozialarbeit etc.)
- trotz alledem enge Verzahnung mit der Verwaltung

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten ca. 56.000€